2011

Kosten der Unterkunft in den umliegenden Landkreisen

23.12.2011

Auch Beziehern von "Hartz IV" und Sozialhilfe in den umliegenden Landkreisen raten wir dringend, noch vor Jahresende einen Überprüfungsantrag zu stellen, wenn das Jobcenter oder das Sozialamt nur einen Teil der Miete übernimmt. Keiner der Landkreise im Regierungsbezirk Freiburg hat gerichtsfeste Mietobergrenzen. Das heißt: Wer sich gegen die Leistungskürzung wg. angeblich zu hoher Miete wehrt, hat oft spätestens vor dem Sozialgericht Erfolg.

Weiterlesen … Kosten der Unterkunft in den umliegenden Landkreisen

Bundesverfassungsgericht kippt Ungleichbehandlung bei Rundfunkgebühren

23.12.2011

Am 30.11.2011 hat das Bundesverfassungsgericht klargstellt, dass Rundfunkgebühren nicht bezahlen muss, wer dadurch unter die "Hartz-IV"-Grenze gerät. Durch den letzten Rundfunkgebührenstaatsvertrag mussten Menschen mit geringem Einkommen Rundfunkgebühren auch dann bezahlen, wenn sie dadurch am Ende weniger Geld hatten als das durch "Hartz IV" markierte Existenzminimum. Das geht nun nicht mehr (1 BvR 3269/08, A BvR 626/10) [Pressemitteilung des BVerfG].

Weiterlesen … Bundesverfassungsgericht kippt Ungleichbehandlung bei Rundfunkgebühren

Sollte ein Überprüfungsantrag wegen Mietobergrenzen trotz der Ankündigung des Jobcenters, von der die BZ am 22.12.2011 berichtet, gestellt werden?

22.12.2011

Ja! Auf jeden Fall!

Warum?

1. Die neuen Mietobergrenzen lösen viele Probleme, aber nicht alle. Wer eine Miete hat, die höher ist als die neuen Mietobergrenzen, bekommt jedenfalls nach unserer Rechtsauffassung rückwirkend die **volle** Miete. Denn: Er wurde nicht rechtmäßig zur Senkung der Unterkunftskosten aufgefordert.

2. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes (§ 44 Abs. 4 SGB X iVm § 40 Abs. 1 SGB II) kann für ein Jahr plus das…

Weiterlesen … Sollte ein Überprüfungsantrag wegen Mietobergrenzen trotz der Ankündigung des Jobcenters, von der die BZ am 22.12.2011 berichtet, gestellt werden?

Eilentscheidung des SG Freiburg

16.12.2011

Kostenübernahme einer Nachtwache zur Vermeidung nächtlichen Festbindens an das Bett in einem Pflegheim: Das SG Freiburg hat in einem hervorragend begründeten Beschluss die**grundrechtliche Relevanz sogenannter "unterbringungsähnlicher Maßnahmen"** (§ 1906 Abs. 4 BGB) herausgearbeitet und entschieden, dass notfalls eine Nachtwache finanziert werden muss, um einen schweren Grundrechtseingriff zu vermeiden.

Weiterlesen … Eilentscheidung des SG Freiburg

Keine Kürzung der Sozialhilfe bei Krankenhausaufenthalt

14.12.2011

Das SG Lüneburg hat heute in einem Verfahren, in dem die Klägerin von *Sozialrecht in Freiburg* vertreten wird, entschieden auch die Leistungen von Sozialhilfeempfängern nicht gekürzt werden dürfen, wenn der Leistungsempfänger im Krankenhaus ist.

Weiterlesen … Keine Kürzung der Sozialhilfe bei Krankenhausaufenthalt

Freiburg beschließt deutliche Erhöhung der "Mietobergrenzen"

14.12.2011

Am 13.12.2011 hat der Gemeinderat der Stadt Freiburg eine deutliche Erhöhung der "Mietobergrenzen" beschlossen [Video]. Die Stadt hat damit auf das Urteil des BSG vom 13.4.2011 zu den Freiburger Mietobergrenzen reagiert, das *Sozialrecht in Freiburg* erstritten hat. Wer in Freiburg einen Teil seiner Miete aus dem Regelbedarf bezahlt und noch vor dem 31.12.2011 einen entsprechenden Antrag stellt, bekommt damit rückwirkend ab 1.1.2010 mehr Geld.

Weiterlesen … Freiburg beschließt deutliche Erhöhung der "Mietobergrenzen"

Grundsatzurteil des BSG zum persönlichen Budget B 11 AL 7/10 R

30.11.2011

Das lange erwartete Grundsatzurteil zur Budgetfähigkeit von Leistungen für eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung ist ergangen. Das BSG hat die Instanzurteile aufgehoben und bestätigt, dass ein persönliches Budget nicht deshalb verweigert werden darf, weil der behinderte Mensch nicht in die WfbM gehen will.

Weiterlesen … Grundsatzurteil des BSG zum persönlichen Budget B 11 AL 7/10 R

Grundsatzurteil des BSG zum persönlichen Budget

30.11.2011

Am 30.11.2011 erging das lange erwartete Grundsatzurteil des Bundessozialgerichtes (B 11 AL 7/10R) zur Frage, ob Leistungen für eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) auch dann

budgetfähig sind, wenn der Betroffene das Budget nicht verwnden will, um eine WfbM zu besuchen. Im Terminsbericht heißt es: "Bei der erneuten Entscheidung wird das LSG den der Leistungsausführung durch ein Persönliches Budget zugrunde liegenden Gedanken, dem Leistungsberechtigten ein selbstbestimmtes Leben in eigener Verantwortung zu ermöglichen, zu beachten haben, weshalb vorgesehene Leistungen in einer Werkstatt für…

Weiterlesen … Grundsatzurteil des BSG zum persönlichen Budget

22.11.2011

22.11.2011

Das Bundessozialgericht verurteilt den Ortenaukreis, die **Kosten eines Schüleraustausches mit den USA im Rahmen von "Hartz IV"** zu übernehmen (B 4 AS 204/10 R). Das BSG hat entschieden, dass auch ein Schüleraustausch, an dem nicht die ganze Klasse teilnimmt, eine Klassenfahrt iSd des SGB II sein kann. Besonders bemerkenswert: In beiden Instanzen der baden-württembergischen Sozialgerichtsbarkeit wurde Prozesskostenhilfe nicht bewilligt, weil das Verfahren aussichtslos sei. Beim BSG hatte der Kläger Erfolg.

Weiterlesen … 22.11.2011

Das Bundessozialgericht verurteilt den Ortenaukreis, die Kosten eines Schüleraustausches mit den USA im Rahmen von "Hartz IV" zu übernehmen

22.11.2011

Das Bundessozialgericht hat den Ortenaukreis verurteilt, die Kosten eines Schüleraustausches mit den USA in Höhe von 1.300,00 € zu übernehmen (B 4 AS 204/10 R). Entscheidend war hierbei nicht - wie andernorts mitunter berichtet - die Höhe des Kosten des Schüleraustausches; dass der hierfür gesetzlich vorgesehene Anspruch der Höhe nach nicht gedeckelt ist, war bereits vorher Gesetzeslage und wurde von den Sozialgerichten auch so gesehen. Vorliegend…

Weiterlesen … Das Bundessozialgericht verurteilt den Ortenaukreis, die Kosten eines Schüleraustausches mit den USA im Rahmen von "Hartz IV" zu übernehmen

- **1**
- 2
- Vorwärts